

**Präsidentin Barbara Stamm:** Verehrte Kolleginnen und Kollegen, ich rufe gemeinsam die Tagesordnungspunkte 5 und 6 auf:

**Gesetzentwurf der Abg. Margarete Bause, Sepp Daxenberger, Ulrike Gote u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

**zur Änderung des Bayerischen Hochschulgesetzes (Drs. 16/13)**

**- Zweite Lesung -**

und

**Gesetzentwurf der Abg. Franz Maget, Johanna Werner-Muggendorfer, Christa Naaß u. a. und Fraktion (SPD)**

**zur Änderung des Bayerischen Hochschulgesetzes (Drs. 16/15)**

**- Zweite Lesung -**

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, bevor wir in die Aussprache eintreten, darf ich Sie darauf aufmerksam machen, dass die Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN für ihren Gesetzentwurf auf der Drucksache 16/13 namentliche Abstimmung beantragt hat. Ich eröffne nun die gemeinsame Aussprache. Im Ältestenrat haben wir dazu eine Redezeit von zehn Minuten pro Fraktion vereinbart. Ich darf Frau Kollegin Gote das Wort erteilen.

**Ulrike Gote (GRÜNE):** Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Wir diskutieren heute erneut und zum wiederholten Male über die Studiengebühren. Gerade der Beginn einer neuen Vorlesungszeit ist für eine solche Diskussion ein guter Termin. Wir GRÜNE und die SPD, mit Frau Zacharias an der Spitze, geben Ihnen heute erneut die Chance, einen falschen Kurs in der Hochschulpolitik zu korrigieren und unseren Gesetzentwürfen zuzustimmen.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Sie sehen: Wir geben nicht auf. Wir haben bisher nicht aufgegeben und werden auch in Zukunft nicht aufgeben, auch wenn Sie uns heute nicht folgen wollen. Wir werden wei-

terhin gegen die Studiengebühren kämpfen. Ich bitte die Kolleginnen und Kollegen auf der rechten Seite, zuzuhören, auch wenn Sie glauben, dass Sie meine Argumente schon x-mal gehört hätten. Das Thema ist zu wichtig, um es routinemäßig wegzuschieben und einfach die Hand so zu heben, wie man das immer getan hat. Man kann bei diesem Thema immer noch dazulernen. Das traue ich Ihnen zu, auch wenn Sie mir nicht zuhören.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Ich möchte Ihnen deshalb in aller Eindringlichkeit und Ernsthaftigkeit nur vier Argumente gegen die Studiengebühren nennen:

Erstens. Sehen wir uns einmal die Ziele unserer Hochschulpolitik an. Ich sage bewusst "unserer Hochschulpolitik". Ich zitiere aus dem Bayerischen Sozialbericht:

Mit einem Studium steigen die beruflichen Aussichten sowie die Verdienstmöglichkeiten, während das Risiko von Arbeitslosigkeit und Einkommensarmut sinkt. Gleichzeitig werden mehr Hochschulabsolventinnen und -absolventen benötigt, um einem zukünftigen Fachkräftemangel entgegenzuwirken.

Das ist eine vernünftige soziale und hochschulpolitische Sichtweise und Zielbeschreibung, der wir uns gerne anschließen. Ich frage Sie: Was tragen Studiengebühren zur Erreichung dieser Ziele bei?

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Genau diese Frage müssen wir stellen. Studiengebühren wirken abschreckend. Sie stellen Hürden vor ein Studium. Sie erleichtern den Zugang zur Hochschulbildung eben nicht. Genau das ist aber unser Ziel. Studiengebühren wirken kontraproduktiv auf die Erreichung unserer gemeinsamen hochschulpolitischen Ziele.

Zweitens. Sehen wir uns die soziale Lage der Studierenden an. Inzwischen bestreitet wohl niemand mehr, dass in unserem Lande die Chance auf Bildung von der sozialen Herkunft abhängt. Bildungsgerechtigkeit und Zugangsgerechtigkeit sind die großen Auf-

gaben, denen sich eine vernünftige Hochschulpolitik stellen muss. Ich kann es Ihnen nicht ersparen, noch einmal auf die 18. Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerks sowie auf die Ergebnisse des Bayerischen Sozialberichts hinzuweisen, der gezeigt hat, dass sich die kritischen Befunde für Deutschland in Bayern noch einmal zugespitzt haben.

Von 100 Kindern von Akademikern studieren 83. Von 100 Kindern von Nichtakademikern studieren dagegen nur 23. Die soziale Lage der Studierenden, die aus Familien stammen, die finanziell nicht so gut gestellt sind, ist besorgniserregend. Diese Studierenden leben in Armut oder tragen ein hohes Armutsrisiko. Viele müssen arbeiten, um ihren Lebensunterhalt zu finanzieren, obwohl das nach dem Bologna-Prozess kaum mehr möglich ist. Immer mehr junge Menschen leben länger zuhause, und zwar nicht deshalb, weil sie zu faul wären, ihre Wäsche selbst zu waschen, sondern weil sie dies müssen. Sie können es sich nicht leisten, auszuziehen.

Immer mehr junge Menschen können sich das Leben als Studentin oder Student in einer Stadt nicht mehr selbst finanzieren. Studieren in Deutschland ist teuer. Es ist nicht umsonst und es war in diesem Lande nie umsonst.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Nicht der Staat trägt den größten Teil der Kosten für ein Studium, sondern die Familien und die Studierenden. Ich frage Sie an dieser Stelle: Was tragen Studiengebühren zur Lösung dieses Problems bei? Der Kredit, den Sie anbieten, ist keine Lösung. Sie schaffen erst ein Problem - nämlich die Studiengebühren - und bieten dann für dieses Problem eine halbgarer Lösung an. Ohne Studiengebühren gäbe es jedoch dieses Problem überhaupt nicht. Sie führen die Studierenden an der Nase herum. Für viele Studierende stellt ein Kredit keine ernsthafte Alternative dar, schon gar nicht in diesen Zeiten. Studiengebühren sind sozial ungerecht und sie verschärfen die soziale Selektion in unserem Bildungssystem.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Drittens. Der Anteil der Frauen nimmt mit steigender Qualifikationsstufe ab. Wir haben zu wenig Professorinnen. Wir haben zu wenig Nachwuchswissenschaftlerinnen. Wir haben zu wenig weiblichen Nachwuchs, gerade in den Ingenieur- und Naturwissenschaften. Wir haben zu wenig Frauen in Führungspositionen, sowohl im öffentlichen Dienst als auch in der Wirtschaft. Nicht umsonst findet sich in der Zukunfts- oder Wirtschaftskommission der Staatsregierung nur eine Frau. Wir haben zu wenig Frauen in den Spitzenpositionen unserer Gesellschaft.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Was tragen die Studiengebühren zur Lösung dieses Problems bei? Nichts! Wir wissen, dass Studiengebühren insbesondere auf junge Frauen abschreckend wirken. Wir wissen, dass insbesondere junge Frauen wenig Neigung haben, sich zu verschulden. Sie handeln nämlich risikoavers. Wahrscheinlich wäre es in den letzten Jahren eine gute Haltung für viele Banker - vorzugsweise Männer - gewesen, sich risikoavers zu verhalten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Erfahrungen aus anderen europäischen und außereuropäischen Ländern zeigen, dass Frauen Schulden, die sie in ihrer Studienzeit durch Gebühren aufgehäuft haben, länger abzahlen - Australien ist dafür ein gutes Beispiel -, weil sie in der Realität - auch bei uns - oftmals weniger verdienen als Männer, auch wenn sie gleich gut qualifiziert sind. Sie tragen ihre Schulden länger ab. Studiengebühren benachteiligen Frauen.

Viertens ein Argument, dass ihr grundsätzliches Verständnis von Hochschule in Frage stellt: Studiengebühren sind Ausfluss eines falschen Verständnisses von Hochschule. Bildung ist ein öffentliches Gut und keine Ware. Studierende sind keine Kunden und Kundinnen.

(Beifall bei den GRÜNEN und Abgeordneten der SPD)

Hochschulen sind keine Dienstleistungsbetriebe. Wir GRÜNE haben hohe Ansprüche an unsere Hochschulen. Wir erwarten, dass Sie einen konstruktiven und konstitutiven Beitrag zur Gestaltung unserer Gesellschaft und unserer Zukunft sowie zur Lösung unserer größten Probleme leisten. Dies können Sie nur als freie, offene und demokratisch organisierte Institutionen. Unsere Aufgabe in der Politik und hier in diesem Parlament ist es, die politischen und finanziellen Rahmenbedingungen so zu gestalten, dass unsere Hochschulen diesen Anspruch erfüllen können. Dazu passen Studiengebühren nicht. Sie leisten dazu keinen Beitrag.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wenn der Herr Minister heute hier wäre, würde ich ihn daran erinnern, dass er gesagt hat, die Studiengebühren würden von den Studierenden größtenteils akzeptiert. Das hat er bei der letzten Debatte gesagt. In den Gesprächen zwischen ihm und den Studierenden seien Studiengebühren gar kein Thema. Das ist nicht wahr. Das wissen wir nur zu gut.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich darf auch daran erinnern, dass sich nach dieser Aussage Studierende zu Wort gemeldet und den Minister daran erinnert haben, dass sie die Studiengebühren sehr wohl zum Thema der Gespräche mit ihm gemacht haben.

Diese Einschätzung hat man auch in einem Bericht über einen Besuch des Ministerpräsidenten Seehofer an der Uni Regensburg nachlesen können. Bezeichnenderweise lautete die Überschrift: "Stippvisite auf dem Campus - 90 Minuten mit dem Ministerpräsidenten". Zu lesen ist dieser Bericht in der "Mittelbayerischen Zeitung". Der Bericht war auch unter einem anderen Aspekt interessant: Die Studierenden kamen in diesen 90 Minuten offensichtlich kaum zu Wort. Ich zitiere:

Erst als Seehofer direkt eine Frage an die Studenten richtet, ob sie die Notwendigkeit von Studiengebühren akzeptieren könnten, kommt ein vehementes Nein. Die

Schere zwischen oberer und unterer Bildungsschicht geht immer weiter auseinander, sagt ein junger Zuhörer.

Da hat der Student recht, und es war gut, dass er dies bei dieser Gelegenheit dem Ministerpräsidenten gesagt hat.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Kolleginnen und Kollegen, diese vier Argumente müssten Sie eigentlich überzeugen. Ich könnte Ihnen noch mehr nennen. Das tun wir bei nächster Gelegenheit. Sie doktern nur am System herum, wenn Sie bei der Beratung des Hochschulgesetzes versuchen, weitere Ausnahmeregelungen zu schaffen und den Kreditzins zu senken. Dieses Herumdoktern am System zeigt doch, dass Sie selbst merken, dass an den Studiengebühren etwas nicht passt. Mit Nachbessern lässt sich das Problem aber nicht lösen. Erkennen Sie, dass der eingeschlagene Weg grundsätzlich falsch war. Nutzen Sie heute die Chance und schaffen Sie mit uns gemeinsam die Studiengebühren ab.

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Präsidentin Barbara Stamm:** Frau Kollegin Gote, Sie haben nicht mit Vorwurf - das will ich betonen - auf die Abwesenheit des Ministers aufmerksam gemacht, sondern lediglich zu Recht festgestellt haben, dass der zuständige Staatsminister Dr. Heubisch nicht anwesend ist. Deshalb darf ich das Hohe Haus darüber informieren, dass er für die heutige Plenarsitzung entschuldigt ist, nicht etwa, weil er kein Interesse an dieser Debatte hat; im Gegenteil, er ist heute auf der gemeinsamen Wissenschaftsministerkonferenz in Berlin. Es geht dort um Milliardensummen aus der Neuauflage des Hochschulpaktes zwischen Bund und Ländern. Ich glaube, dafür haben wir Verständnis. Er hat Frau Staatssekretärin Hessel gebeten, ihn heute bei diesem Tagesordnungspunkt zu vertreten. Angesichts der Wichtigkeit dieser Debatte ist es aber angemessen, dies dem Hohen Haus bekanntzugeben.

Jetzt darf ich in der Rednerliste fortfahren: Frau Kollegin Zacharias bitte. - Ich wollte Sie nicht unvorbereitet treffen.

**Isabell Zacharias (SPD):** Sehr verehrte Präsidentin, verehrte Kolleginnen und Kollegen, Hohes Haus! Liebe werte anwesende Studierende, um euch geht es hier. Wir debattieren heute wieder einmal - Ulrike Gote hat es schon sehr schön ausgeführt - über das leidige Thema Studiengebühren. Auch ich werde genauso wie Ulrike Gote weiter dafür kämpfen, dass sie abgeschafft werden.

(Beifall bei der SPD)

Zurzeit werden vornehmlich von Wissenschaftsminister Heubisch ein paar Legenden gestrickt. Eine Legende lautet, die Studierenden würden die Studiengebühren gar nicht mehr interessieren. Kollegin Gote hat es gerade ausgeführt. Sie würden höchstens noch über die Verwendung oder die Höhe der Studiengebühren sprechen. Das ist überhaupt nicht wahr. Zum einen wird uns in den nächsten Tagen eine Petition mit einigen 10.000 Unterschriften überreicht werden, die sich gegen Studiengebühren ausspricht. Von einem Desinteresse ist also keine Rede. Zum anderen werden wir Mitte Mai in den großen Städten Bayerns viele Demonstrantinnen und Demonstranten auf den Straßen sehen, die gerade wegen der Studiengebühren auf die Straße gehen. Von einem Desinteresse also keine Spur.

(Beifall bei der SPD)

Die zweite Legende, die gerade gestrickt wird, erzählt von den Jubelgesängen, die über die höhere Zahl von Anmeldungen in den Erstsemestern gefeiert werden. Das ist richtig. Deutschlandweit gibt es einen höheren prozentualen Anteil an Anmeldungen für die Erstsemester. In Bayern sind es aber nur halb so viel. Das zur zweiten Legendenbildung.

Ich reiche dem Minister gern ein Knäuel roter Wolle, denn ein gelber Pullunder steht ihm ohnehin nicht besonders gut. Solche Legenden zu stricken, ist falsch.

Als Minister Heubisch sein Amt übernommen hat - wir sind zusammen in den Landtag eingezogen -, hat er Altlasten übernommen. Er hat von Anfang an gewusst, dass er mit der Studiengebühr keine gute Last übernimmt. Er hat die Zeichen erkannt und die Verwaltungsgebühr in Höhe von 50 Euro abgeschafft. Das war eine gute Idee. Eine echte Entlastung wären aber die 500 Euro gewesen.

(Beifall bei der SPD)

Mit einer Abschaffung der Studiengebühr hätten Sie auch das zweite Konjunkturprogramm ankurbeln können. Man kann Geld nur ausgeben, wenn man es in der Tasche hat.

Der vorliegende Gesetzentwurf - es ist schon ausgeführt worden - sieht noch einige soziale Ausnahmeregelungen vor. Es gibt eine Regelung für das zweite und das dritte Kind. Ich habe schon gehört, dass die Uni-Präsidentinnen und Präsidenten über den bürokratischen Aufwand schimpfen. Da kommen mir auch ein bisschen die Tränen. Ich hoffe aber darauf, dass der Minister die Beschwerden hört. Die Präsidenten wollen ihre Arbeit machen und nicht ihre Verwaltungsfachangestellten damit beauftragen, dass sie sichten, wer wann und in welchem Stadium welche Gebühr bezahlen muss. Also weg damit!

(Beifall bei der SPD)

2007 ist diese Studiengebühr eingeführt worden, um damit 150 Millionen Euro im Jahr zu erwirtschaften. Ich bin etwas unglücklich darüber, dass der Minister zu diesem Thema nicht anwesend ist, denn es bewegt die anwesenden Studierenden und mich schon. Auch wenn es auf Bundesebene um 500 Milliarden geht, hier geht es um 500 Euro, die der Studierende nicht in seiner Tasche hat. Die Studiengebühren sind eingeführt worden, um die chronische, jahrzehntelange Unterfinanzierung der Universitäten zu kompensieren. Ich brauche Ihnen nicht zu erzählen, wie es in den Gebäuden und beim Personal aussieht. Für die Unis gab es deshalb ein kleines Leckerli, die Studiengebühren.



Ich möchte es Ihnen noch einmal an einem Beispiel darstellen. Für die technische Universität München machen die Studiengebühren 1,4 % des staatlichen Budgets aus. Mit einer Abschaffung der Studiengebühren - ich hoffe, Sie sind heute so klug und stimmen für unseren Antrag - würden die Technische Universität München und alle anderen Universitäten nicht etwa einbrechen. 1,4 % des Budgets ist nicht viel, für die Studierenden ist es aber pro Monat eine große Masse.

(Beifall bei der SPD)

Es gibt auch lustige Geschichten. Irgendein Präsident hat mir erzählt, er finde es Klasse, dass er eine Kommunikationsform mit den Studierenden entwickeln könne, dass er jetzt eine Form von Partizipation erleben könne. Meine Damen und Herren, ich kann nur sagen: Partizipation und was zu bereden ist - es gäbe viele Themen, die ich Ihnen gerne zur Hand gebe -, ist okay, aber über Studiengebühren und deren Verwendung und über die Höhe der Studiengebühren wollen die Studierenden nicht sprechen.

(Beifall bei der SPD)

Der Präsident einer Universität meinte, nur wer für etwas Geld bezahle, wisse dies wertzuschätzen. Mein Gott, in welchem Jahrhundert lebt er denn? - Da gilt nicht nur, dass die Studiengebühren nicht die einzige Ausgabe für die Studierenden sind. Es gibt vieles mehr, wofür sie sehr viel Geld ausgeben müssen, wie Wohnung, Bücher, Laborkittel usw. usw. Zu behaupten, dass sie ohne Bezahlung etwas nicht wertschätzen würden, ist eine Frechheit. Ich finde es geradezu unanständig, den Studierenden so etwas vorzuwerfen. Der werte Kollege Dr. Barfuß sagte unlängst, Arbeit habe noch nie geschadet. Meine Damen und Herren, ich finde das auch. In den 1980er Jahren habe ich studiert und gejobbt - großartig. Ich sage Ihnen aber, die Realität sieht ein wenig anders aus. Wegen des Bologna-Prozesses, mit dem eine unglaubliche Verschulung einhergeht, ist keine Zeit mehr zum Jobben. Wann sollen die Studierenden noch studieren, wenn sie die 500 Euro Studiengebühren und alle anderen Kosten verdienen müssen? - Und, das wissen Sie auch, in der jetzigen Finanz- und Arbeitsplatzkrise sind insbesondere die

Jobs für Studierende die ersten, die wegbrechen. Wo sollen sie also das Geld hernehmen? - Bitte, kommen Sie in der Gegenwart an. So, wie das Studium jetzt gestaltet wird, ist Jobben während des Studiums nicht mehr möglich.

(Beifall bei der SPD)

Ich möchte Herrn Minister Dr. Heubisch und seine Partei daran erinnern, dass die Jungliberalen ihm in einem langen Brief ganz deutlich gesagt haben, dass die Studiengebühren einen abschreckenden Effekt hätten und für die Abiturienten belastend seien, weil sie Angst hätten, Schulden machen zu müssen, und weil es keine gute Idee sei, beim Eintritt in die Arbeitswelt und bei der Gründung einer Familie Schulden zu haben. Frau Sandt, ich gebe Ihnen gerne die Daten; ich habe sie zu Hause auf dem Rechner liegen. Hören Sie doch bitte auf die Jungliberalen.

Der Minister findet die Studiengebühren Klasse, weil sie zur Wettbewerbsfähigkeit des Freistaates Bayern nötig seien. Ich finde diese Aussage unanständig. Sie ist unsolidarisch. Dürfen die Bundesländer, die keine Studiengebühren erheben, nicht wettbewerbsfähig sein? Haben die kein Recht, mit uns Bildung im Land Deutschland gestalten zu dürfen? - Ich finde die Aussage nicht in Ordnung.

(Beifall bei der SPD)

Die CDU in Sachsen, meine werten Kollegen zu meiner rechten Seite, hat das Problem erkannt. Der Ministerpräsident von Sachsen hat gesagt, in der Wirtschaftskrise werden die Studiengebühren abgeschafft. Nehmen Sie sich ein Herz, tun Sie es auch.

(Beifall bei der SPD)

Manchmal glaube ich geradezu, dass die Studiengebühren eingeführt wurden, weil alle wussten, dass es 2011 einen großen "Studierendenberg" geben wird. Um alle abzuschrecken, wurde eine Gebühr eingeführt, die vielleicht ein paar abschrecken wird. Ihre Rechnung wird nicht aufgehen. Sie werden 2011 eine Katastrophe erleben - aber bitte ohne Studiengebühren.

Ich fasse zusammen: Wir lehnen nach wie vor die Studiengebühren ab. Der Zusammenhang des Bildungserfolgs von Jugendlichen mit dem Geldbeutel der Eltern und ihrer sozialen Herkunft ist dramatisch. Wir sind hier negativer Weltmeister. Statt Leistung und Begabung wird danach geschaut, was sich Eltern leisten können, damit die Kinder studieren können. Die Studiengebühren - die "Unimaut" - ist und bleibt sozial ungerecht. Wir dürfen die Privatisierung der Bildung nicht zulassen. Sie ist Aufgabe des Staates. Wir möchten die Verbesserung der Lehre. Dafür zu sorgen ist aber unsere Aufgabe und nicht die der Studierenden. Das muss uns klar sein.

(Beifall bei der SPD)

Die Benachteiligung der Frauen, der Familien, die Verlängerung der Studienzeiten - Ulrike Gote hat das ausgeführt - sind nicht in unserem Kalkül. Wir brauchen alle. Wir brauchen keine soziale Auslese. Gelten kann nur die Absicht, bei der Wahl der Bildungswege die Chancengleichheit zu wahren.

Ich bitte Sie, stimmen Sie unserem Antrag zu. Ich hoffe, dass Sie sich heute ein Herz dazu fassen können.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

**Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer:** Frau Kollegin, vielen Dank.  
Nächste Wortmeldung: Herr Kollege Jörg.

**Oliver Jörg (CSU):** Sehr geehrtes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen! Zu allererst möchte ich mich bei den 195.000 Studierenden in Bayern bedanken, die mit ihren Studien- und Verwaltungskostenbeiträgen auch in diesem Semester einen wichtigen Beitrag zur Verbesserung ihrer Studienbedingungen geleistet haben.

(Maria Noichl (SPD): Das ist zynisch!)

Dies war eine gute Investition in ihre eigene Ausbildung und in ihre eigene berufliche Zukunft.

(Bernhard Roos (SPD): Das ist staatliche Aufgabe!)

Damit haben Sie aber auch einen wichtigen Beitrag für die Gesellschaft geleistet; denn wir alle brauchen auch morgen Lehrer, Ingenieure, Ärzte, Juristen, Wissenschaftler, Forscher und viele Führungskräfte mehr, die die Wachstumsfähigkeit in Bayern garantieren. Daher ist es richtig, dass der Freistaat Bayern mit durchschnittlich 4.000 Euro pro Student und Semester den Löwenanteil der Ausbildungskosten trägt. Für diesen großartigen Beitrag in die Zukunft Bayerns danke ich aber auch den Studierenden und den Steuerzahlern. Ich bin davon überzeugt, dass die Studienbeiträge auch für ein gesellschaftliches Umdenken von Bedeutung sind. Es kommen Zeiten, da wird der Staat nicht mehr alles Wünschenswerte erfüllen können.

(Christine Stahl (GRÜNE): Das ist schon jetzt so!)

Vor allem künftige Verantwortungsträger - und nicht nur diese - sollten von dem Selbstverständnis geprägt sein, dass der Staat alleine nicht mehr alles wird schultern können. Die demografische Entwicklung wird uns vor enorme Herausforderungen stellen. Wir werden im Sozialbereich verpflichtet sein, Aufgaben für Menschen zu schultern, von denen wir keinen Eigenanteil einfordern können.

(Ulrike Gote (GRÜNE): Sie spielen Bildung gegen Soziales aus!)

- Nein. Wir haben das richtige Verständnis von Hochschule.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Gepachtet!)

Frau Kollegin, uns ist durchaus bewusst, dass Studienbeiträge von 500 Euro pro Semester für Studierende und für deren Familien mitunter eine finanzielle und emotionale Belastung darstellen. Aber mit dem Studienbeitragsdarlehen haben wir eine gute Entlastung geschaffen haben. Das ist ein Darlehen ohne Bonitätsprüfung, ohne Sicherheit, ohne Einkommensüberprüfung und ohne großen formalen Aufwand. Die Rückzahlung ist mit Karenzzeit und Stundungsmöglichkeit sozial verträglich geregelt. Das müssen wir nur stärker kommunizieren.

Lassen Sie mich mit einigen Oppositionsmärchen aufräumen. Erstens. Fakt ist und die Zahlen sagen uns, dass Studienbeiträge nicht abschreckend wirken, sonst müssten doch die Studienanfängerzahlen in den Ländern einbrechen, in denen es Studienbeiträge gibt. Das ist aber nicht der Fall. In Baden-Württemberg, Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen liegt der Zuwachs im einstelligen Bereich, im Saarland mit 15 % und in Hamburg mit 12 % im zweistelligen Bereich. In Bayern sind die Studienanfängerzahlen 2008 auf einem Höchststand von über 55.000 Studierenden gestiegen. Das ist ein Plus von 4 % gegenüber 2007 und ein Plus gegenüber 2006 von 6 %. Jetzt das Bonbon für die Opposition:

(Ulrike Gote (GRÜNE): Wie viele könnten es sein?)

Einen Rückgang der Studienanfängerzahlen um 2 % hat das von Ihnen zitierte Land Sachsen zu verzeichnen. Dort wird es jetzt keine Studiengebühren mehr geben.

(Florian Ritter (SPD): Schauen Sie sich die Bevölkerungsentwicklung an!)

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, die Studienanfängerzahlen in Bayern sprechen die gleiche Sprache. Hätte die Opposition recht, müssten doch vor allem die Studienanfängerzahlen in dem unmittelbar neben Hessen liegenden Aschaffenburg rückläufig sein. Sie sind es aber nicht, wie mir Herr Präsident Prof. Dr. Diwischek bestätigte.

(Ulrike Gote (GRÜNE): Weil es noch genügend Reiche im Lande gibt! - Thomas Kreuzer (CSU): Das halten Sie wohl für überflüssig!)

Noch etwas zur Wahrheitsfindung. Die aus Hessen stammenden Studierenden haben das Studienbeitragsland Bayern nicht etwa fluchtartig verlassen.

(Ulrike Gote (GRÜNE): Doch!)

2006, als wir noch keine Studiengebühren hatten, haben sich 1.115 hessische Hochschulzugangsberechtigte in Bayern ersteingeschrieben. 2008 waren es 1.150, also ein Plus trotz Studiengebühren.

(Ulrike Gote (GRÜNE): Wie viele aus sozial schwachen Familien?)

Zweitens. Fakt ist: Mit den Studiengebühren werden die Studienbedingungen verbessert. Sie kommen den Studierenden zugute und werden fast ausnahmslos im Konsens mit den Studierenden eingesetzt. Ich gestehe Ihnen zu: Damit es keinen einzigen negativen Ausreißer gibt, begrüße ich bei der Mittelverteilung höchste Transparenz.

Mit den Beiträgen konnte viel Positives bewirkt werden: umfangreichere Studienliteratur, längere Bibliotheksöffnungszeiten, Studienberatung, bessere IT-Infrastruktur, Unterstützung von Studierenden mit Kindern und vieles, vieles mehr. Es entstand ein bereichernder Dialog zwischen Hochschulleitung und Studierenden über die Qualität ihrer Ausbildung. Das ist doch, Kolleginnen und Kollegen, zu begrüßen.

Ein Drittes in aller Klarheit: Kein Euro aus den Studienbeiträgen fließt in den Staatshaushalt. Das soll auch zukünftig so bleiben. Der Freistaat kommt seiner Verpflichtung nach: in den nächsten zehn Jahren werden allein vier Milliarden Euro in den Hochschulbau, in den Ausbau der Hochschulen und in Sanierungsmaßnahmen investiert. Im Doppelhaushalt 2009/2010 stehen für den Hochschulbau in 2009 allein 441,8 Millionen und 2010 484 Millionen Euro zur Verfügung.

**Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer:** Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Kollegin Gote?

**Oliver Jörg (CSU):** Das machen wir zum Schluss.

**Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer:** Eine Zwischenbemerkung?

**Oliver Jörg (CSU):** Der Etat des Wissenschaftsministeriums stieg gegenüber dem Nachtragshaushalt 2008 von 4,7 Milliarden um 313 Millionen auf über 5 Milliarden in 2009. Das sind 6,6 % mehr. Von 2003 bis 2010 steigen die Ausgaben im Hochschulbereich um 36,4 %, die des Gesamthaushalts aber nur um 18,3 %.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen der Opposition, bei solch enormen Ausgaben von einer Privatisierung der Bildung zu sprechen, wie Sie es in Ihrem Antrag tun, und von mangelndem Zuwachs an Mitteln im Hochschulbereich, ist schlicht und einfach absurd.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Wichtig ist, dass Studienbeiträge sozial verträglich ausgestaltet sind. Kein junger Mensch soll aus finanziellen Gründen auf ein Studium verzichten müssen. So bestehen bereits heute viele Befreiungsmöglichkeiten, etwa für Studierende aus kinderreichen Familien, für Studierende mit eigenem Kind unter zehn Jahren oder für Menschen mit einer Schwerbehinderung. Viele Studierende signalisieren durchaus Verständnis für Studienbeiträge. Denn schließlich verlangen wir auch bei Meister-Ausbildungen einen nicht unbeträchtlichen finanziellen Einsatz. Ich will nicht verschweigen, dass es nach wie vor Studierenden-Familien gibt, die an die Grenzen ihrer Leistungsfähigkeit stoßen, vor allem wenn zwei oder mehr Kinder aus einer Familie gleichzeitig studieren. Dass Studienbeiträge generell sozial selektiv sein sollen, kann ich beim besten Willen nicht erkennen. Das ist auch wissenschaftlich nicht belegbar. Die von der Opposition oft zitierte HIS-Studie ist nicht für alle Studiengänge repräsentativ, und das Zahlenmaterial stammt noch aus der Zeit vor der Einführung der Studiengebühren in Bayern.

Dennoch, Familien mit mehreren Kindern haben in der Tat ein höheres Armutsrisiko. Deshalb will die Koalition, dass nur noch ein Kind von mehreren gleichzeitig studierenden Kindern ab dem kommenden Wintersemester Studienbeiträge zahlen muss. Studiengebühren dürfen auch nicht zu hoch sein. Aus Gesprächen mit den Studierenden und aus der bisherigen Praxis hat sich allenfalls ein Betrag von 500 Euro als zumutbar erwiesen. Deshalb werden die darüber hinausgehenden Verwaltungsbeiträge, wie Sie wissen, zum kommenden Sommersemester abgeschafft.

Sie sehen: Wir nehmen die Kritik der Studierenden ernst. Wir beraten derzeit auch intensiv darüber, wie wir aus den Erfahrungen der ersten beiden Jahre mit Studienbeiträ-

gen soziale Belange noch stärker berücksichtigen können. Außerdem wollen wir den Auf- und Ausbau eines Stipendienprogramms voranbringen.

Lassen Sie es mich auf den Punkt bringen: Die CSU ist geprägt vom Leitbild der solidarischen Leistungsgesellschaft. Wir stehen für Eigenverantwortung. Deshalb werden wir an den Studienbeiträgen festhalten. Wir stehen aber auch für Chancengerechtigkeit und soziale Verantwortung. Deshalb wollen wir finanziell schwierigen Lebensverhältnissen und den Belastungen von Familien Rechnung tragen.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

**Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer:** Vielen Dank, Herr Kollege. Ich erteile jetzt Frau Kollegin Gote zu einer Zwischenbemerkung das Wort.

**Ulrike Gote (GRÜNE):** Danke schön. - Herr Kollege, die Zahlen, die Sie zu den Studienanfängern genannt haben, können mich nicht überzeugen.

(Dr. Manfred Weiß (CSU): Das brauchen sie auch nicht!)

Ein nominaler Zuwachs sagt nichts darüber aus, ob wir nicht generell unter unseren Möglichkeiten bleiben. Genau das scheint der Fall zu sein. Die Prognosen, die wir über das haben, was wir eigentlich an Studienanfängerzahlen erreichen könnten, erreichen wir nicht. Darüber kann nicht hinwegtäuschen, dass es immer noch mehr sind. Da kommen Ihnen die letzten geburtenstarken Jahrgänge zugute, aber sonst nichts. Sie ignorieren die soziale Schichtung an den Hochschulen völlig. Um das zu erkennen, brauchen Sie nicht die HIS-Studie; da können Sie alle Sozialerhebungen nehmen, die das Studentenwerk seit Jahren und regelmäßig macht. Darauf bitte ich Sie endlich einzugehen.

Wir müssen zur Kenntnis nehmen, dass gerade in Bayern, gerade hier in München, die Kinder der Reichen studieren. So brutal und nicht anders müssen wir es sagen: Hier studieren die Kinder der Reichen. Die, die sich das nicht leisten können, kommen erst gar nicht auf die Idee zu studieren, sie suchen sich etwas anderes oder - die gibt es wirklich - gehen in Länder, in denen es keine Studiengebühren gibt.



Wenn Sie daran, dass das so ist, nichts Schlimmes finden, können Sie mit Ihrer Hochschulpolitik so weitermachen und die soziale Schichtung der Gesellschaft weiter so reproduzieren. Denn nichts anderes tun Sie mit dieser Form der Hochschulpolitik, der Bildungspolitik überhaupt, und mit den Studiengebühren. Sie reproduzieren die sozialen Verhältnisse in dieser Gesellschaft. Der Armutsbericht sagt, dass sich die Schere immer weiter öffnet. Beunruhigt Sie das nicht? Wollen Sie daran gar nichts ändern?

Außerdem betreiben Sie damit keine Leistungsförderung. Das ist hochschulpolitisch das Schlimmste. Sie fördern nicht die Leistungselite; mit Ihrer Hochschulpolitik, die den Studierenden diese finanziellen Lasten abverlangt, fördern Sie die finanzielle Elite dieses Landes, nicht die, die die Leistung bringen könnte.

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer:** Herr Kollege Jörg.

**Oliver Jörg (CSU):** Frau Kollegin, meine Zahlen belegen jedenfalls, dass Bayern ein attraktiver Hochschulstandort ist und auch mit den Studiengebühren geblieben ist.

Frau Kollegin, wenn Sie mir zugehört hätten, wüssten Sie: Wir erwarten für Familien durch die Einführung der Regelung, dass nur noch für ein studierendes Kind Studienbeiträge zu zahlen sind, eine enorme Entlastung. Wir versprechen uns davon, dass wir Ihrer Argumentation jedenfalls insoweit nachkommen. Wir sind der Meinung, dass wir allein mit diesem Beitrag und den anderen, die wir im Ausschuss noch einbringen werden, eine Entlastung schaffen können, sodass es für Studierende ertragbar ist, die Studienbeiträge zu zahlen. Ich kann Sie nur einladen, weiter dafür stark zu werben, dass die Studienfinanzierungsdarlehen in Anspruch genommen werden. Denn sie sind ähnlich wie das BAföG eine Möglichkeit, ein Studium zu beginnen und zu Ende zu bringen, ohne sich zu massiv Gedanken über eine zu hohe Verschuldung in der Zukunft machen zu müssen.

Sie wissen genau: Wenn der berufliche Weg oder die Lebensplanung einen anderen Verlauf nimmt als beabsichtigt, müssen noch nicht einmal die Beiträge zurückbezahlt werden.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

**Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer:** Vielen Dank, Herr Kollege. Nächste Wortmeldung: Herr Kollege Fahn.

**Dr. Hans Jürgen Fahn (FW):** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich begrüße alle hier im Haus, auch die Vertreter der bayerischen Landes-ASTen-Konferenz, die heute als Zuschauer zu uns gekommen sind.

Vorhin wurde Herrn Theo Waigel zum 70. Geburtstag gratuliert. Ich möchte die Gelegenheit nutzen, Herrn Armin Grein, dem Ehrenvorsitzenden der Freien Wähler, ebenfalls zum 70. Geburtstag zu gratulieren. Er feiert nämlich gerade heute diesen Tag.

(Beifall bei den Freien Wählern)

- Gut, Herr Barfuß hat damit begonnen, und ich habe gedacht, ich kann das weiterführen. Wenn heute schon der 22. April und der 70. Geburtstag ist, kann man darauf doch einmal hinweisen.

Ja, ich bin auch ein bisschen darüber verwundert, dass Herr Heubisch nicht da ist. Ich habe die Begründung gehört, aber bei einer so wichtigen Sache wie den Studiengebühren wäre seine Anwesenheit schon sehr notwendig gewesen. Aber ich sehe hier auch noch Herrn Goppel, er ist ein erfahrener Hochschulpolitiker und ehemaliger Minister; vielleicht ergreift er dann das Wort.

Meine Damen und Herren, wir haben soeben den Beitrag von Herrn Oliver Jörg aus Würzburg gehört. Ich verfolge immer sehr aufmerksam, was Herr Oliver Jörg in Würzburg so alles äußert, vor allem im "Volksblatt", weniger in der "Mainpost". Am 6. März 2009 zitierte das "Volksblatt" Oliver Jörg: Er denkt an zinsfreie Darlehen und sagt, wer

gut ist, soll auch studieren. - Heißt das auch, Herr Jörg, dass ein guter Schüler auf jeden Fall keine Studiengebühren bezahlen muss? - Das müsste man eigentlich so interpretieren. Ist das eine neue Position der CSU?

Zweitens. Sie haben den Vergleich auf Bundesebene angesprochen. Sie wissen, dass aber nur fünf Länder die Studiengebühr eingeführt haben, elf also nicht. Man müsste einmal überlegen, warum das der Fall ist.

Doch wenden wir uns dem eigentlichen Thema zu. Es geht um den Hochschuletat im Zusammenhang mit der Zweiten Lesung des Bayerischen Hochschulgesetzes. Herr Minister Heubisch ist leider nicht da. Er hat am 4. März, als der Hochschuletat verabschiedet wurde, gesagt: "Ich besuche alle 32 bayerischen Hochschulen. 18 habe ich schon besucht." Von den Freien Wählern ist dazu zu sagen: Wir begrüßen diesen Kontakt mit der Basis, den er sucht, ausdrücklich. Aber - das muss ich ergänzen - bei der Verabschiedung des Hochschuletats am 4. März sagte er auch:

Die Studiengebühren spielen bei der Diskussion mit Studentinnen und Studenten praktisch keine Rolle. Ich diskutiere mit den Studentinnen und Studenten alleine ohne Hochschulleitung und ich sage Ihnen, ich muss sie von mir aus sogar ansprechen auf das Thema Studiengebühren.

Das sagte Minister Heubisch am 4. März in diesem Haus. Wenn ich mir anschaue, was in der Zwischenzeit alles geschehen ist, kann ich nur sagen, Herr Heubisch sollte lernen, richtig zuzuhören; denn die Realität an den bayerischen Hochschulen sieht anders aus.

(Zustimmung bei der SPD)

Meine Damen und Herren, die breite Mehrheit der Studierenden in Bayern lehnt die Studiengebühren vehement ab. Ich versuche, Ihnen das an einigen Beispielen zu erläutern. Die CSU sagt immer, sie sei näher am Menschen. Aber wenn Sie behaupten, näher am Menschen zu sein, dann schauen Sie sich an, was es bedeutet - -

(Zuruf von den GRÜNEN: "Näher" ist immer noch weit!)

Wir erhalten täglich Briefe von Studierenden und Studienvertretungen. Sie, die sich gegen die Studiengebühren aussprechen, doch bestimmt auch. Zum Beispiel von der Landes-ASten-Konferenz oder von der Unabhängigen Studentengruppe in Würzburg. Manche dieser Briefe sind sogar an Herrn Heubisch persönlich adressiert wie das Schreiben der Studentischen Vertretung der TU München vom 16. März, in dem die Unterzeichner für ein fortschrittliches und gerechtes Bildungssystem in Bayern plädieren. Wörtlich heißt es: "Die abschreckende Wirkung von Studiengebühren steht in keinem Verhältnis zu den Einkünften, die daraus erzielt werden." Auch im persönlichen Gespräch zwischen dem Minister - auch das wurde vorhin angesprochen, aber da hört Herr Heubisch scheinbar manchmal weg - und den Studierendenvertretungen der Unis Augsburg, Regensburg, Würzburg und Erlangen wurde betont, dass sie auch weiterhin gegen Studiengebühren seien. In Erlangen wurde sogar darauf hingewiesen, dass Studienbeiträge im Bachelor-Studium wegen der zu hohen Arbeitsbelastung durch Nebenjobs kaum zu finanzieren seien. Was macht Herr Heubisch? - Er weist - das wird ebenfalls in einem Zeitungsartikel zitiert - auf den Mut zur Lücke hin.

Nicht verborgen geblieben dürften dem Minister auch die studentischen Protestaktionen sein. Es wurde bereits die Unterschriftenaktion angesprochen, die zurzeit läuft. Inzwischen gibt es über 26.000 Unterschriften, meine Damen und Herren. Das heißt, 26.000 Studierende haben unterschrieben. Das sind 1.000 Stimmen mehr, als es zur Einreichung eines Volksbegehrens notwendig ist. Wenn man das weiß, dann muss man das doch ernst nehmen.

(Beifall bei den Freien Wählern und den GRÜNEN)

Frau Zacharias hat es angesprochen: Für den 13. Mai sind bayernweit Demonstrationen gegen Studiengebühren angesetzt. Es ist wichtig, dass man sich auch damit auseinandersetzt. Es liegt meiner Meinung nach auf der Hand, dass eine breite Mehrheit von Studierenden gegen diese Studiengebühren ist. Es gibt sogar eine Studie des deutschen Hochschulkompasses; danach sind es mehr als zwei Drittel der Studierenden. Deswegen sollte man das schon ernst nehmen. Auf der Homepage der Landes-ASten-Konfe-

renz wirft Philipp Schrögel dem Minister sogar vor, bewusst die Unwahrheit zu behaupten. Auf dieser Homepage steht: "Staatsminister Heubisch belügt den Landtag." Schauen Sie sich diese Homepage einmal an.

Der Hochschulausschuss des Bayerischen Landtags kann eigentlich nicht behaupten, er wisse nichts von dem Protest. Im Hochschulausschuss - das habe ich nachprüfen lassen - wurden bereits 59 Eingaben gegen Studienbeiträge behandelt. Der Hochschulausschuss hat im Februar das Leibnitz-Rechenzentrum besucht. Wir wurden von Studenten begrüßt, die mit Transparenten und Infoblättern gegen die Studiengebühren protestierten. Wir von den Freien Wählern hören den Studierenden zu. Wir verstehen ihre Argumente, gerade auch im Hinblick auf die soziale Ungerechtigkeit. Laut der Studie des Hochschulinformationssystems verzichteten 18.000 Abiturienten wegen der Studiengebühren auf das Studium.

Lassen Sie mich den Blick exemplarisch auf zwei Arten von Studierenden richten, den reichen und den armen. Die Studiengebühren des reichen oder relativ wohlhabenden Studierenden bezahlen natürlich die Eltern, das ist ganz klar. Dadurch gibt es eine finanzielle Abhängigkeit von den Eltern. Aber der arme Studierende muss die Beiträge eben selbst entrichten. Das geht meist zulasten des wissenschaftlichen Arbeitens. Dadurch verliert er eben kostbare Studienzzeit, was sehr schade ist. Da geht das Argument der Eigenverantwortung in die Leere. Natürlich ist nach den neuen Regelungen auch ein Teil der Studenten von den Gebühren befreit - über ein Viertel. Das ist richtig und das begrüßen wir auch. Aber wenn nur ein Viertel befreit ist, dann müssen, umgedreht, drei Viertel nach wie vor die Studiengebühren bezahlen. Wir von den Freien Wählern meinen, dass jeder begabte und motivierte Studienberechtigte, egal ob es eine Zahnarzttochter ist oder ein Sohn eines Lkw-Fahrers, ein Studium aufnehmen können muss. Die Bildungschancen dürfen eben nicht von der sozialen Herkunft abhängen.

(Beifall bei den Freien Wählern, der SPD und den GRÜNEN)

Wir verhehlen natürlich nicht, dass die Mehrbelastung der Eltern mit zwei studierenden Kindern überhand nimmt, was die Staatsregierung inzwischen erkannt hat mit der Novelle des Bayerischen Hochschulgesetzes. Das stimmt und ist richtig. Aber jetzt haben wir gemerkt, dass diese neuen Ausnahmen sehr viel Bürokratie erfordern. Verschiedene Hochschulpräsidenten sagen, es sei eine so große Bürokratie, dass dies irgendwann gar nichts mehr bringe. Wenn Sie Ausnahmen schaffen, wonach 40 oder 50 % der Studenten keine Studiengebühren mehr zahlen müssen, dann bitte ich Sie, das Ganze noch einmal trotz der Ausnahmen dahin gehend zu überdenken. Dann ist doch die beste Lösung, gar keine Studiengebühren zu erheben. Das ist auch unsere Position. Deshalb werden die Freien Wähler den Anträgen der Fraktionen der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN zustimmen. Denn wir meinen - wir haben uns sehr lange damit auseinandergesetzt -, das ist ein Weg zu mehr Studiengerechtigkeit und Abbau sozialer Ungerechtigkeit.

Frau Hessel, vielleicht richten Sie dem Minister aus: Es ist sehr positiv, dass er diese Dialoge führt; es ist auch nicht einfach, die Zeit dafür zu finden, alle 32 Hochschulen zu besuchen; das ist positiv. Aber bitte sagen Sie ihm, er soll ehrliche und echte Dialoge mit dem Studenten führen und sich seiner Verantwortung als Wissenschaftsminister auf allen Ebenen bewusst werden. Danke schön.

(Beifall bei den Freien Wählern, der SPD und den GRÜNEN)

**Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer:** Herr Kollege Fahn, bleiben Sie bitte am Mikrofon. Ich erteile nämlich dem Herrn Kollegen Klein zu einer Zwischenbemerkung das Wort.

**Karsten Klein (FDP):** Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Lieber Kollege Fahn, man muss hierzu zwei Sachen festhalten. Erstens: Die Landes-ASTen-Konferenz ist keine legitime Vertretung der Studierenden in Bayern. Es ist eine Vereinigung - -

(Isabell Zacharias (SPD): Noch nicht! - Weitere Zurufe von Abgeordneten der SPD und der GRÜNEN)

- Lassen Sie mich doch einmal ausreden. Das ist gutes demokratisches Verhalten.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Es ist eine Vereinigung. Die hat das Recht dazu, das ist auch legitim. Aber es ist nicht - und das haben Sie suggeriert - die Interessensvertretung der bayerischen Studierenden. Das ist der Punkt eins.

(Beifall bei der FDP)

Zweitens: Wenn wir uns hier über einen bestimmten Stil unterhalten, dann ist es zwar schön, wenn Sie die Internetseite dieser Vereinigung zitieren, aber dem Minister die Unterstellung unterzuschieben, er belüge die Studierenden, finde ich mehr als zweifelhaft.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Vielleicht ärgert diese Vereinigung auch nur, dass Minister Heubisch mit den Studierenden vor Ort spricht und nicht mit anscheinend etwas ideologisch vorbelasteten Studierenden.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

**Dr. Hans Jürgen Fahn (FW):** Zwei Dinge dazu. Ich habe lediglich die Landes-ASTen-Konferenz zitiert. Was haben Sie mir jetzt wieder unterstellt? Dass das die legitime Interessensvertretung der Studenten sei, habe ich nie gesagt.

(Tobias Thalhammer (FDP): Suggestiert! Das ist ein Unterschied!)

Und auf der anderen Seite nehmen Sie die Argumente der Landes-ASTen-Konferenz nicht ernst, nur weil sie vielleicht keine offizielle Studentenvertretung ist. Vielleicht wird sie es ja noch.

(Beifall bei den Freien Wählern und der SPD)

Das ist, meine ich, kein starkes Argument. Das andere war die Homepage. Ich habe das zitiert, und deshalb habe ich es ausdrücklich gesagt. Es steht dort und so habe ich es auch gebracht. Sie können es nachlesen. Deshalb habe ich mir nichts vorzuwerfen.

(Beifall bei den Freien Wählern - Dr. Linus Förster (SPD): Die Welt teilt ein in Gut und Böses!)

**Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer:** Herr Kollege, vielen Dank. - Als Nächste spricht Frau Abgeordnete Bulfon.

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

**Dr. Annette Bulfon (FDP):** Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren auf der Besuchertribüne, werte Kolleginnen und Kollegen! Zunächst möchte ich sagen, dass wir von der FDP-Fraktion Studentenproteste sehr ernst nehmen.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CSU)

Ich bin entsetzt darüber, wie stark trotz Entschuldigung die Tatsache thematisiert wird, dass unser Minister abwesend ist. Ich finde das unfair.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Der Minister hat sich entschuldigt. Er hat daran gedacht, dass eine wichtige Debatte im Landtag ansteht, aber es ist unfair, wie hierüber trotz Entschuldigung diskutiert wird.

Uns beschäftigt erneut das Thema der Studienbeiträge. Ich bin froh, dass ich an dieser Stelle die Gelegenheit bekomme, die Position der FDP zu Studienbeiträgen zu erläutern.

(Zuruf von der SPD)

Wir stehen zu einer Dreisäulen-Finanzierung der Hochschulen. Zum einen werden die Hochschulen - Kollegin Zacharias hatte es bereits angesprochen - durch eine staatliche



Grundfinanzierung ausgestattet, zum anderen wird ein Großteil der Kosten für ein Studium - das dürfen wir bei dieser hitzigen Debatte nicht vergessen - weiterhin vom Steuerzahler bezahlt.

Die zweite Säule, zu der wir stehen, sind die Drittmittel, die in Konkurrenz mit anderen Universitäten eingeworben werden.

Die dritte Säule der Hochschulfinanzierung - das haben wir bereits vor den Landtagswahlen gesagt und das sagen wir auch nach den Landtagswahlen - sind die Studienbeiträge. Hier ist es erlaubt, dass die Universitäten zwischen 300 Euro und 500 Euro und die Fachhochschulen zwischen 100 Euro und 500 Euro pro Semester verlangen. Den Hochschulen und den Fachhochschulen werden bestimmte Spielräume ermöglicht und es sind auch geringere Studienbeiträge als 500 Euro möglich.

(Beifall bei der FDP)

150 Millionen Euro pro Jahr - auch diese Zahl wurde bereits genannt - gehen seit dem Sommersemester 2005, seit der Einführung der Studienbeiträge in Bayern, direkt an die Hochschulen. Die Administration ist gering. Sie liegt bei drei Prozent. Diese Studienbeiträge kommen den Studenten direkt zugute.

Wir haben verlängerte Öffnungszeiten von Bibliotheken, wir haben eine verbesserte Ausstattung durch die Studienbeiträge und wir haben ein verbessertes Angebot an EDV-Ausrüstungen. Das ist notwendig und wichtig; denn es muss alles auf dem neuesten Stand gehalten werden. Wir haben Kleingruppenveranstaltungen und wir haben eine intensivere Studienberatung. All das dient dazu, die Studienabbrecherquote zu senken. Es wird mehr Geld für Tutorien ausgegeben, und wir haben zusätzlich qualifizierteres Personal zur Ausbildung der Studenten.

Insgesamt wird von den Studenten - wir suchen den Dialog mit den Studenten, auch ich und Minister Heubisch auch - mehr Transparenz über die Verwendung der Studienbeiträge gefordert. Dazu möchten wir beitragen. Insgesamt ist ein konstruktiver, zum Teil

auch kontroverser Dialog zwischen der Hochschulleitung und den Studierenden eingetreten.

Ferner ist festzuhalten, dass das Verantwortungsbewusstsein der Studierenden für ihre Hochschulen zugenommen hat.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CSU)

Wichtig ist an dieser Stelle, noch einmal auf diese HIS-Studie einzugehen. Es stimmt, dass sie noch vor der Einführung der Studiengebühren in Bayern erhoben wurde. 1,5 % der Studierenden gaben an, sich aufgrund der Studienbeiträge gegen ein Studium zu entscheiden. Das sind 1,5 % zu viel. Wir wollen deshalb die Studienbeiträge sozial ausgestalten. Zwei Prozent der Studierenden gaben an, dass sie sich gerade deshalb für ein Studium entscheiden, weil an einer Universität Studiengebühren erhoben werden, und sie sich dadurch verbesserte Studienbedingungen erhoffen. Ein Hauptgrund - ich bitte Sie, Ihre Aufmerksamkeit auch einmal auf folgende Tatsache zu richten -, sich gegen ein Studium zu entscheiden, ist, dass viele Studierende angaben, schnell Geld verdienen zu wollen.

(Beifall des Abgeordneten Tobias Thalhammer (FDP) und bei Abgeordneten der CSU)

Hier können wir ansetzen, und hier sollte auch eine gute Politik ansetzen, um endlich den Zusammenhang zwischen sozialem Hintergrund und Bildungsabschluss zu entkoppeln. Hierbei könnten wir mit der SPD und den GRÜNEN wirklich zusammenarbeiten.

(Isabell Zacharias (SPD): Das ist übrigens unser Grundansatz! Danke!)

- Das ist auch unser Grundansatz. - Hierbei bieten sich Möglichkeiten über die duale Hochschule, denn anscheinend haben Studenten zum Teil ein erhöhtes Sicherheitsbedürfnis und wollen Geld verdienen, während sie studieren. Hier gibt es Ansatzpunkte.

Wir wollen die Studentenzahlen in Bayern erhöhen. Das ist für uns ein sehr wichtiger Punkt. Deswegen bitte ich Sie, den Blick auf dieses Detail - das ist die Mehrheit der Studenten - der HIS-Studie zu werfen. Dabei spielen interessanterweise die Studienbeiträge eine sehr geringe Rolle.

(Beifall bei der FDP - Isabell Zacharias (SPD): Weil es diese damals noch nicht gab!)

Niemand darf aufgrund von Studienbeiträgen am Studium gehindert werden. Gerade deshalb setzen wir uns dafür ein, dass es sozial ausgestaltet ist. Sie haben mit Recht darauf hingewiesen: Immerhin 50 Euro pro Semester verbleiben seit dem Sommersemester 2009 in den Taschen der Studierenden. Wir haben die Verwaltungskostenbeiträge abgeschafft.

Es gibt weitere Entlastungen und zusätzliche Verbesserungen. Eine Familie zahlt nur für ein Kind Studienbeiträge. Selbstverständlich zahlen Familien mit mehr als zwei Kindern, sobald Kindergeldanspruch besteht, keine Studienbeiträge. Studierende, die ein Kind pflegen oder erziehen, zahlen ebenfalls keine Studienbeiträge. Auch das ist - Frau Gote, hören Sie mir bitte zu - ein Schritt in die richtige Richtung, wenn es darum geht, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu fördern. Auch wir wollen, dass Frauen - auch gut qualifizierte Frauen -

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Familie und Beruf besser miteinander vereinbaren können.

(Beifall des Abgeordneten Tobias Thalhammer (FDP) und bei der CSU)

Lassen Sie uns auch darüber streiten, ob es wirklich so gut ist, wenn Frauen risikoavers sind. Ich bezweifle Ihre These.

(Beifall des Abgeordneten Tobias Thalhammer (FDP) und bei der CSU - Isabell Zacharias (SPD): Dann müssen wir eine gemeinsame Anhörung machen!)

- Das machen wir gern. - Das bayerische Studienbeitragsdarlehen wird elternunabhängig gewährt. Es findet keine Bonitätsprüfung statt, es werden keine Sicherheiten verlangt und es muss erst nach einer Karenzzeit von zwei Jahren zurückgezahlt werden. Auch eine Stundung ist möglich. Damit hat jeder in Bayern die Chance, ein Studium zu beenden.

Abschließend möchte ich sagen: Studiengebühren sind sozial gerecht, denn Akademiker haben in diesem Land nun einmal ein geringeres Risiko, arbeitslos zu werden.

(Ulrike Gote (GRÜNE): Dann sollen sie mehr Steuern zahlen, aber das wollen Sie wieder nicht!)

Sie haben eine höhere Einkommensklasse, und mit Fug und Recht beteiligen sie sich zu einem geringen Anteil an den Kosten ihres Studiums. Sie sind im internationalen Wettbewerb sinnvoll.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Sie dienen der Verkürzung der Studienzeiten und minimieren die Abbrecherquote. Sie sind sozial abgedeckt und kommen den Studenten in Bayern direkt zugute. Sie verbleiben im Endeffekt in den Taschen der Studierenden. Bitte stimmen Sie gegen die Gesetzentwürfe der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN.

(Beifall bei der FDP)

**Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer:** Frau Kollegin, bitte bleiben Sie gleich am Mikrofon. Ich erteile zu einer Zwischenbemerkung Herrn Kollegen Thalhammer das Wort.

**Tobias Thalhammer (FDP):** Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Erlauben Sie mir als Parlamentarischem Geschäftsführer den folgenden Hinweis: Gerade weil es uns so wichtig war, dass der Herr Minister bei dieser Sitzung anwesend ist, und weil der Termin des Herrn Ministers nicht verschiebbar war, haben wir im Vorfeld darum gebeten,

den Termin hier zu verschieben, damit der Herr Minister anwesend sein kann. Die Opposition hat das abgelehnt, vermutlich weil sie das Argument, dass der Herr Minister nicht anwesend ist, dort einsetzen wollte, wo sie sonst keine Argumente hat.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

**Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer:** Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir fahren in der Tagesordnung fort. Ich erteile das Wort Frau Staatssekretärin Hessel.

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

**Staatssekretärin Katja Hessel (Wirtschaftsministerium):** Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Studentenvertreter! Herr Kollege Thalhammer hat es mir nicht vorweggenommen - um Himmels willen -, aber auch ich wollte mit der Entschuldigung von Staatsminister Dr. Heubisch beginnen. Weil ihm das Thema der Studienbeiträge wichtig war, hat er sich sehr darum bemüht, die Beratung des Tagesordnungspunktes verschieben zu lassen. Weil ihm das nicht gelungen ist, habe ich heute die Ehre, die Auffassung der Staatsregierung zu den Studienbeiträgen darzulegen.

Frau Gote, Sie haben von einer Einladung bzw. einer erneuten Chance gesprochen, zum Thema richtig abzustimmen. Es wird Sie nicht wirklich überraschen, wenn ich sage: Ich gehe davon aus, dass wir auf diese Einladung nicht eingehen werden. Wir haben uns in der Koalitionsvereinbarung zu den Studiengebühren bekannt, weil wir der Meinung sind, sie sind richtig. Es ist aber nicht so, dass die FDP und die Bayerische Staatsregierung nicht lernfähig wären.

(Zuruf der Abgeordneten Ulrike Gote (GRÜNE))

- Die Hoffnung stirbt zuletzt, Frau Gote. Es geht darum, dass neue Argumente ausgetauscht werden. Heute wurden die Argumente vorgebracht, die wir schon immer austauschen. Ich möchte es Ihnen ersparen, dass ich die Argumente der Staatsregierung

wiederhole. Sie sind von Herrn Jörg von der CSU und von Frau Dr. Bulfon bereits vorgetragen worden.

Ich möchte noch auf die Studiendarlehen eingehen; denn das Thema kam mir vorhin zu kurz. Die Darlehen werden einkommensunabhängig, ohne Bonitäts- und Sicherheitsprüfung vergeben. Sie haben eine Karenzphase von bis zu zwei Jahren bis zur Rückzahlung. Zurückzahlen ist nur, wenn ein bestimmtes Mindesteinkommen erreicht wird. In der Zeit, in der kein Einkommen erzielt wird oder in der die Einkommensgrenzen nicht erreicht werden, wird das Darlehen gestundet, und zwar zinsfrei.

(Beifall des Abgeordneten Tobias Thalhammer (FDP))

Für BAföG-Empfänger gibt es eine Verschuldungsobergrenze. Die Schulden sind auf insgesamt 15.000 Euro gedeckelt. Alles, was darüber hinausgeht, wird erlassen.

Natürlich kam vorhin das Argument, wir bräuchten die Studiendarlehen nicht, wenn wir keine Studiengebühren hätten. Das entbehrt nicht einer gewissen Logik, aber es ist immer so: Wenn Sie keine Schulden machen, brauchen Sie kein Darlehen.

**Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer:** Frau Staatssekretärin, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Kollegin Gote?

**Staatssekretärin Katja Hessel (Wirtschaftsministerium):** Aber natürlich.

**Ulrike Gote (GRÜNE):** Danke schön, Frau Staatssekretärin. Ich möchte Sie fragen: Wie stellen Sie sich den Verlauf eines Beratungsgesprächs bei einer Bank vor, wenn Sie als junger Studienabsolvent oder als junge Studienabsolventin mit Schulden aus dem BAföG-Darlehen und mit Schulden aus dem Kredit für Studiengebühren nach einem Darlehen für eine Unternehmensgründung oder bloß den Kauf eines Autos fragen?

**Staatssekretärin Katja Hessel (Wirtschaftsministerium):** Das Gespräch stelle ich mir momentan nicht immer einfach vor, aber es ist auch hier einiges machbar. Die Bayerische Staatsregierung hat mit den LfA-Förderdarlehen auch hier die richtige Antwort.

(Beifall bei der FDP)

**Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer:** Frau Kollegin, lassen Sie eine weitere Zwischenfrage des Herrn Kollegen Fahn zu?

**Staatssekretärin Katja Hessel (Wirtschaftsministerium):** Ja, bitte.

**Dr. Hans Jürgen Fahn (FW):** Ich mache es kurz: Frau Staatssekretärin, Darlehen sind gut, aber wie erklären Sie sich, dass nur 0,5 % der Studierenden Darlehen in Anspruch genommen haben?

**Staatssekretärin Katja Hessel (Wirtschaftsministerium):** Dazu kann ich nur sagen: Anscheinend haben die Studierenden keine Darlehen benötigt.

(Beifall bei der FDP - Zurufe von den Freien Wählern - Unruhe - Glocke des Präsidenten)

**Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer:** Frau Staatssekretärin, Sie haben das Wort.

**Staatssekretärin Katja Hessel (Wirtschaftsministerium):** Im Rahmen der anstehenden Gesetzesnovelle wird auch die soziale Komponente noch einmal verbessert. Das ist mehrmals gesagt worden. Studiengebühren werden nur noch für ein Kind erhoben. Die Erziehung von Kindern bis zu 18 Jahren wird berücksichtigt. In diesem Sinne ist die soziale Komponente gestärkt worden. Wir werden uns auch weiterhin für dieses Thema einsetzen.

Ich möchte wie Frau Kollegin Dr. Bulfon noch etwas zu den Frauen bzw. zur Chancengleichheit sagen. Natürlich brauchen wir Chancengleichheit in der Bildung, aber es ist falsch, davon auszugehen, dass mit der Einführung der Studiengebühren die Chancengleichheit abgeschafft worden sei. Es gab auch früher keine besseren Zahlen. Das Argument der Opposition soll wohl verstärkend wirken, ist aber nicht untermauert. Ich

möchte Sie daher im Namen der Staatsregierung bitten, den Gesetzentwürfen der Fraktionen der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN nicht zuzustimmen.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

**Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer:** Liebe Kolleginnen und Kollegen, mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit ist die Aussprache geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Dazu werden die Tagesordnungspunkte getrennt.

Bevor wir über den Gesetzentwurf der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN in der beantragten namentlichen Form abstimmen, stelle ich den Gesetzentwurf der SPD-Fraktion auf Drucksache 16/15 - Tagesordnungspunkt 6 - in einfacher Form zur Abstimmung. Der federführende Ausschuss für Hochschule, Forschung und Kultur empfiehlt auf Drucksache 16/736 die Ablehnung des Gesetzentwurfs. Wer dagegen dem Gesetzentwurf zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die SPD-Fraktion, das BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und die Freien Wähler. Wer ist dagegen? - Das sind die beiden anderen Fraktionen. Der Gesetzentwurf ist damit abgelehnt.

Wir kommen zur Abstimmung über Tagesordnungspunkt 5, die in namentlicher Form erfolgen soll. Der Abstimmung liegt der Initiativgesetzentwurf der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 16/13 zugrunde. Der federführende Ausschuss für Hochschule, Forschung und Kultur empfiehlt auf Drucksache 16/735 die Ablehnung des Gesetzentwurfs. Für die Stimmabgabe sind die Urnen wie üblich aufgestellt. Ich sehe, alle sind hier. Abstimmungszeit: drei Minuten.

(Namentliche Abstimmung von 15.18 bis 15.21 Uhr)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Zeit ist abgelaufen. Die Auszählung erfolgt draußen. Das Ergebnis gebe ich später bekannt.

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)



Liebe Kolleginnen und Kollegen - auch der Herr Kollege Lachner - Entschuldigung, der Herr Beamte Lachner -, wir fahren in der Tagesordnung fort. Ich bitte, die Gespräche hier im Saal einzustellen. Wir haben draußen einen schönen Gang, wo man diese führen kann.

(Anhaltende Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Herr Kollege Kreuzer, würden Sie da hinten bitte die Altherrenrunde auflösen. - Danke.

(Große allgemeine Heiterkeit)

(...)

**Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer:**

(Abstimmungsliste siehe Anlage 1)

**Dr. Thomas Goppel (CSU):** (Vom Redner nicht autorisiert) Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich habe mich in der Frage des ersten Abschnittes der Novelle des Hochschulgesetzes in allen Beratungen eher zurückgehalten und herausgehalten. Das Thema, das ich anspreche, ist nicht von der Bedeutung, dass man deswegen gegen das Gesetz stimmen muss. Aber die Bedenken, die der Datenschutzbeauftragte gegenüber Abstimmungsergebnissen geltend gemacht hat, die per Zufall von Studenten über Professoren an einer Hochschule entstehen, anschließend durch staatliches Verdikt zum staatlichen Anteil der Beurteilung der Professoren werden, halte ich für außerordentlich problematisch und gefährlich. Ich will das Hohe Haus durch meine Erklärung darauf aufmerksam machen, dass man diesem Thema in der Wirklichkeit der Hochschule Tag und Nacht hohe Aufmerksamkeit schenken muss, damit wir nicht in die mittelalterliche Zeit entsprechender Prangeraktivitäten zurückfallen. Das haben unsere Professoren nicht verdient.

## Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 22.04.2009 zu Tagesordnungspunkt 5: Gesetzentwurf der Abgeordneten Margarete Bause, Sepp Daxenberger, Ulrike Gote u. a. und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN; zur Änderung des Bayerischen Hochschulgesetzes (Drucksache 16/13)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
<b>Ackermann</b> Renate	X		
<b>Aiwanger</b> Hubert	X		
<b>Arnold</b> Horst	X		
<b>Aures</b> Inge	X		
<b>Bachhuber</b> Martin		X	
Prof. Dr. <b>Barfuß</b> Georg		X	
Prof. (Univ Lima) Dr. <b>Bauer</b> Peter	X		
Prof. Dr. <b>Bausback</b> Winfried		X	
<b>Bause</b> Margarete	X		
Dr. <b>Beckstein</b> Günther			
Dr. <b>Bernhard</b> Otmar		X	
Dr. <b>Bertermann</b> Otto		X	
Dr. <b>Beyer</b> Thomas	X		
<b>Biechl</b> Annemarie		X	
<b>Biedefeld</b> Susann	X		
<b>Blume</b> Markus		X	
<b>Bocklet</b> Reinhold		X	
<b>Breitschwert</b> Klaus Dieter		X	
<b>Brendel-Fischer</b> Gudrun		X	
<b>Brunner</b> Helmut		X	
Dr. <b>Bulfon</b> Annette		X	
<b>Daxenberger</b> Sepp	X		
<b>Dechant</b> Thomas		X	
<b>Dettenhöfer</b> Petra		X	
<b>Dittmar</b> Sabine	X		
<b>Dodell</b> Renate		X	
<b>Donhauser</b> Heinz		X	
Dr. <b>Dürr</b> Sepp	X		
<b>Eck</b> Gerhard		X	
<b>Eckstein</b> Kurt			
<b>Eisenreich</b> Georg		X	
Dr. <b>Fahn</b> Hans Jürgen	X		
<b>Felbinger</b> Günther	X		
Dr. <b>Fischer</b> Andreas		X	
Dr. <b>Förster</b> Linus	X		
<b>Freller</b> Karl			
<b>Füracker</b> Albert		X	
Prof. Dr. <b>Gantzer</b> Peter Paul	X		
<b>Gehring</b> Thomas	X		
<b>Glauber</b> Thorsten	X		
<b>Goderbauer</b> Gertraud		X	
<b>Görlitz</b> Erika		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Dr. <b>Goppel</b> Thomas		X	
<b>Gote</b> Ulrike	X		
<b>Gottstein</b> Eva	X		
<b>Güll</b> Martin	X		
<b>Güller</b> Harald	X		
<b>Guttenberger</b> Petra		X	
<b>Hacker</b> Thomas		X	
<b>Haderthauer</b> Christine		X	
<b>Halbleib</b> Volkmar	X		
<b>Hallitzky</b> Eike			
<b>Hanisch</b> Joachim	X		
<b>Hartmann</b> Ludwig	X		
<b>Heckner</b> Ingrid			
<b>Heike</b> Jürgen W.		X	
<b>Herold</b> Hans		X	
Dr. <b>Herrmann</b> Florian		X	
<b>Herrmann</b> Joachim		X	
Dr. <b>Herz</b> Leopold			
<b>Hessel</b> Katja		X	
Dr. <b>Heubisch</b> Wolfgang			
<b>Hintersberger</b> Johannes		X	
<b>Huber</b> Erwin		X	
Dr. <b>Huber</b> Marcel		X	
Dr. <b>Hünnerkopf</b> Otto		X	
<b>Huml</b> Melanie		X	
<b>Imhof</b> Hermann		X	
<b>Jörg</b> Oliver		X	
<b>Jung</b> Claudia	X		
<b>Kamm</b> Christine	X		
<b>Karl</b> Annette	X		
<b>Kiesel</b> Robert		X	
Dr. <b>Kirschner</b> Franz Xaver		X	
<b>Klein</b> Karsten		X	
<b>Kobler</b> Konrad		X	
<b>König</b> Alexander		X	
<b>Kohnen</b> Natascha	X		
<b>Kränzle</b> Bernd		X	
<b>Kreuzer</b> Thomas		X	
<b>Ländner</b> Manfred		X	
Graf von und zu <b>Lerchenfeld</b> Philipp		X	
<b>Lorenz</b> Andreas		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Prof. <b>Männle</b> Ursula			
Dr. <b>Magerl</b> Christian	X		
<b>Maget</b> Franz	X		
<b>Matschl</b> Christa		X	
<b>Meißner</b> Christian		X	
Dr. <b>Merk</b> Beate		X	
<b>Meyer</b> Brigitte		X	
<b>Meyer</b> Peter	X		
<b>Miller</b> Josef		X	
<b>Müller</b> Ulrike	X		
<b>Mütze</b> Thomas	X		
<b>Muthmann</b> Alexander	X		
<b>Naaß</b> Christa	X		
<b>Nadler</b> Walter		X	
<b>Neumeyer</b> Martin		X	
<b>Nöth</b> Eduard		X	
<b>Noichl</b> Maria	X		
<b>Pachner</b> Reinhard		X	
Dr. <b>Pauli</b> Gabriele			
<b>Perlak</b> Reinhold	X		
<b>Pfaffmann</b> Hans-Ulrich			
Prof. Dr. <b>Piazolo</b> Michael	X		
<b>Pohl</b> Bernhard	X		
<b>Pointner</b> Mannfred	X		
<b>Pranghofer</b> Karin	X		
<b>Pschierer</b> Franz Josef			
Dr. <b>Rabenstein</b> Christoph			
<b>Radwan</b> Alexander		X	
<b>Reichhart</b> Markus	X		
<b>Reiß</b> Tobias		X	
<b>Richter</b> Roland		X	
Dr. <b>Rieger</b> Franz			
<b>Rinderspacher</b> Markus	X		
<b>Ritter</b> Florian	X		
<b>Rohde</b> Jörg		X	
<b>Roos</b> Bernhard	X		
<b>Rotter</b> Eberhard		X	
<b>Rudrof</b> Heinrich		X	
<b>Rüth</b> Berthold		X	
Dr. <b>Runge</b> Martin	X		
<b>Rupp</b> Adelheid	X		
<b>Sackmann</b> Markus		X	
<b>Sandt</b> Julika		X	
<b>Sauter</b> Alfred		X	
<b>Scharfenberg</b> Maria	X		
<b>Schindler</b> Franz	X		
<b>Schmid</b> Georg		X	
<b>Schmid</b> Peter		X	
<b>Schmitt-Bussinger</b> Helga	X		
<b>Schneider</b> Harald	X		
<b>Schneider</b> Siegfried		X	
<b>Schöffel</b> Martin		X	
<b>Schopper</b> Theresa	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
<b>Schorer</b> Angelika		X	
<b>Schreyer-Stäblein</b> Kerstin	X		
<b>Schuster</b> Stefan	X		
<b>Schweiger</b> Tanja	X		
<b>Schwimmer</b> Jakob		X	
<b>Seidenath</b> Bernhard		X	
<b>Sem</b> Reserl			
<b>Sibler</b> Bernd		X	
<b>Sinner</b> Eberhard		X	
Dr. <b>Söder</b> Markus			
<b>Sonnenholzner</b> Kathrin	X		
Dr. <b>Spaenle</b> Ludwig			
<b>Sprinkart</b> Adi	X		
<b>Stachowitz</b> Diana	X		
<b>Stahl</b> Christine	X		
<b>Stamm</b> Barbara		X	
<b>Stamm</b> Claudia	X		
<b>Steiger</b> Christa	X		
<b>Steiner</b> Klaus		X	
<b>Stewens</b> Christa		X	
<b>Stierstorfer</b> Sylvia		X	
<b>Stöttner</b> Klaus		X	
<b>Strehle</b> Max		X	
<b>Streibl</b> Florian	X		
<b>Strobl</b> Reinhold	X		
Dr. <b>Strohmayr</b> Simone	X		
<b>Taubeneder</b> Walter		X	
<b>Tausendfreund</b> Susanna			
<b>Thalhammer</b> Tobias		X	
<b>Tolle</b> Simone	X		
<b>Unterländer</b> Joachim		X	
Dr. <b>Vetter</b> Karl	X		
<b>Wägemann</b> Gerhard		X	
<b>Weidenbusch</b> Ernst	X		
<b>Weikert</b> Angelika	X		
Dr. <b>Weiß</b> Bernd			
Dr. <b>Weiß</b> Manfred		X	
Dr. <b>Wengert</b> Paul	X		
<b>Werner</b> Hans Joachim	X		
<b>Werner-Muggendorfer</b> Johanna	X		
<b>Widmann</b> Jutta	X		
<b>Wild</b> Margit	X		
<b>Will</b> Renate		X	
<b>Winter</b> Georg		X	
<b>Winter</b> Peter		X	
<b>Wörner</b> Ludwig	X		
<b>Zacharias</b> Isabell	X		
<b>Zeil</b> Martin			
<b>Zeitler</b> Otto		X	
<b>Zellmeier</b> Josef			
Dr. <b>Zimmermann</b> Thomas		X	
<b>Gesamtsumme</b>	75	92	0